

Mehr Frauen unternehmen

Unternehmerinnen. In jedem fünften Familienunternehmen in Deutschland schwingt eine Frau das Zepter. Besonders viele Chefinnen gibt es in der Dienstleistungsbranche und im Handel.

Sie sind längst noch nicht paritätisch vertreten, aber auch nicht mehr zu übersehen: Frauen im Chefsessel. Vor allem in Familienbetrieben, also in Unternehmen, in denen Eigentum und Leitung in einer Hand liegen, sind

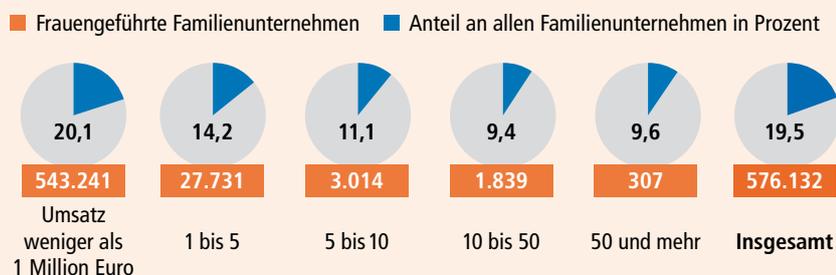
die Damen auf dem Vormarsch. Einer Studie des Instituts für Mittelstandsforschung Bonn (IfM) zufolge haben fast 20 Prozent aller Familienunternehmen in Deutschland einen weiblichen Chef (Grafik):

Von den knapp drei Millionen Familienunternehmen befanden sich im Jahr 2006 rund 576.000 Betriebe mehrheitlich im Besitz einer Frau, die die Firma auch lenkte oder die Unternehmensführung maßgeblich bestimmte.

Inzwischen dürfte der Frauenanteil sogar noch höher sein, denn die IfM-Studie musste für ihre Auswertung auf Daten aus dem Jahr 2006 zurückgreifen, weil kein aktuelleres Unternehmensregister vorliegt. Ein Vergleich mit der IfM-Vorläufererhebung aus dem Jahr 2003 zeigt jedenfalls, dass die Zahl der von Frauen geführten Firmen hierzulande steigt – wenn auch langsam: So standen im Jahr 2000 erst 18 Prozent der Familienunternehmen unter weiblichen Fittichen.

Ein weiteres Indiz dafür, dass Frauen in Zukunft vermehrt Betriebe leiten werden, lieferte das Institut der deutschen Wirtschaft Köln in einer Studie für das Bundesfamilienministerium, welche sich mit der Unternehmensnachfolge durch Frauen beschäftigte (vgl. iwd 23/2010): Demnach planen viele der Geschäftsführerinnen →

Jedes fünfte Familienunternehmen hat eine Chefin



Ein Unternehmen gilt als Familienunternehmen, wenn sich mindestens 50 Prozent des stimmberechtigten Kapitals im Eigentum einer natürlichen Person oder einer oder mehrerer verwandter Familien befinden und wenn diese Person bzw. Personen auch die Geschäfte führen oder einen kontrollierenden Einfluss auf die Geschäftsführung ausüben. Mit rund drei Millionen Betrieben sind Familienunternehmen die dominierende Wirtschaftsform in Deutschland, wobei hier auch umsatzsteuerpflichtige Einzelunternehmen mitgezählt werden. In frauengeführten Familienunternehmen hat eine Frau – oder mehrere – die maßgebliche Führungsposition inne und besitzt innerhalb der aktiven Gesellschafter den größten Eigentumsanteil.

Stand: 2006; Quelle: Institut für Mittelstandsforschung Bonn 2010

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien · iwd 3

In dieser Woche

Rohstoffe: Die Versorgung hängt nicht nur vom Ausland ab – die meisten hier verwerteten Rohstoffe kommen aus Deutschland.
Seite 3

Branchenkonzunktur: Die Aussichten für 2011 sind in allen Bereichen freundlich. Am stärksten geht es in der Industrie aufwärts.
Seite 4-5

Personalpolitik: Viele Firmen setzen auf flexible Arbeitszeitlösungen und Maßnahmen zur Mitarbeiterbindung und -förderung.
Seite 6

Ungarn: Die halbjährige EU-Präsidentschaft wird von der schlechten Wirtschafts- und Finanzlage des Landes überschattet.
Seite 7

Krankenstand: Von Januar bis September 2010 lag der Anteil der krankgeschriebenen Angestellten erneut über dem Vorjahreswert.
Seite 8

Präsident: Dr. Eckart John von Freyend
Direktor: Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln



von vornherein, öfter Töchter als Nachfolgerinnen im Familienbetrieb einzusetzen, als dies bislang in Eigentümerfamilien üblich war. Das dürfte nicht nur dazu beitragen, dass die Zahl der Unternehmerinnen weiter steigt, sondern auch, dass die nächste Generation der Firmenlenkerinnen deutlich besser vorbereitet ins Geschäft einsteigt als die jetzige Frauenriege: Sie landete relativ häufig unerwartet auf dem Chefsessel, da ursprünglich ein Bruder als Nachfolger des Seniors eingeplant war.

Obwohl Frauen mittlerweile also in fast jedem fünften Familienbetrieb das Sagen haben, liegt der Umsatzanteil der von ihnen geführten Firmen laut IfM nur bei knapp 13 Prozent:

Im Jahr 2006 setzten die Familienunternehmen in Deutschland insgesamt circa 2 Billionen Euro um, davon entfielen auf die frauengeführten Unternehmen rund 256 Milliarden Euro.

Ursache hierfür ist, dass die Zahl der Frauen in den Topetagen in einem umgekehrten Verhältnis zur Größe der Unternehmen steht: Je höher der Umsatz, desto weniger Firmenlenkerinnen. So sind in Familienunternehmen, die

weniger als 1 Million Euro im Jahr umsetzen, rund 20 Prozent der Chefs Frauen. In Betrieben mit einem Jahresumsatz von 50 Millionen Euro und mehr beträgt der Anteil der Unternehmerinnen dagegen nur knapp 10 Prozent.

Ein Ungleichgewicht herrscht auch bei den Branchen, in denen Frauen unternehmerisch aktiv sind (Grafik): Die meisten Unternehmenslenkerinnen widmen sich Firmen, in denen personenbezogene Dienste erbracht werden – hierzu zählen etwa Reinigungen, Friseursalons und private Bildungseinrichtungen. In diesem Wirtschaftszweig ist ein Viertel aller Chefs weiblich. Im Handel kommen Unternehmerinnen immerhin auf eine Quote von mehr als 23 Prozent.

Im Produzierenden Gewerbe hingegen sind Chefinnen noch deutlich unterrepräsentiert: Frauen stellen dort gerade mal 13 Prozent der Firmenlenker. Auch in den Unternehmensberatungen und in der Software-Entwicklung führen Frauen vergleichsweise selten die Geschäfte.

Über alle Branchen hinweg hatten im Jahr 2006 fast 2,4 Millionen Mitarbeiter eine Familienunternehmerin zum Boss – das entspricht einem Zehn-

Wo Frauen Unternehmen führen

So viel Prozent der Familienunternehmen werden von Frauen geführt und gehören ihnen auch maßgeblich

Sonstige Dienstleistungen

(z. B. Friseursalons, Reinigungen und Bildungseinrichtungen)

26,4

Handel

23,4

Andere Wirtschaftsbereiche

(z. B. landwirtschaftliche Betriebe, Verkehrsunternehmen, Telefongesellschaften, Pflegeeinrichtungen)

20,7

Unternehmensnahe Dienstleistungen

(z. B. Unternehmensberatungen, Software- oder Maklerfirmen)

15,9

Produzierendes Gewerbe

12,9

Insgesamt

19,5

Stand: 2006; Quelle: Institut für Mittelstandsforschung 2010

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iwed 3

tel aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Innerhalb der Familienunternehmen arbeiten rund 16 Prozent aller Beschäftigten in von Frauen geleiteten Firmen.

+ Webtipp +++ Webtipp +++ Webtipp +++ Webtipp +++ Webtipp +++ Webtipp +++ W

Innovatives Portal

Der Innovationsindikator der Deutschen Telekom Stiftung und des Bundesverbands der deutschen Industrie (BDI) wird neu ausgerichtet. Ab diesem Jahr erstellt ein Konsortium aus dem Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung (Fraunhofer ISI), dem Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) und dem Maastricht Economic and social Research and training centre on Innovation and Technology der Universität Maastricht (MERIT) das Länderranking. Der Indikator vergleicht Deutschland mit anderen führenden Industrienationen: Wie erfolgreich generieren diese Wissen und wie setzen sie es in neue Produkte und Verfahren um?

Während es noch eine Weile dauert, bis der Indikator in überarbeiteter Form erscheint, präsentiert ein neues Webportal seit kurzem

die bereits vorliegenden Ausgaben. Konzipiert und umgesetzt wurde die Website von der Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH. Auf der Homepage werden die bisherigen Ergebnisse der Studie dargestellt. Besonders anschaulich ist die interaktive Anwendung „Mein Indikator“: Die Nutzer können Zahlen zu den führenden Wirtschaftsnationen individuell zusammenstellen und analysieren. Zum Beispiel: Wie viel Geld gibt Deutschland für Bildung aus und wie viel investieren Japan oder die USA in die Fachkräfte von morgen? Wie hoch ist das Interesse der Bevölkerung an Technik in den verschiedenen Nationen? Neuer Indikator, neues Portal – bleibt noch die Frage offen: neues, innovativeres Deutschland?

Weitere Informationen: www.innovationsindikator.de

Heimische Quellen nutzen

Rohstoffe. Wer dreht wem das Gas ab? Wo verläuft welche Ölpipeline? In der Diskussion um die Sicherheit der deutschen Rohstoffversorgung gerät das eigene Land häufig aus dem Blickfeld. Dabei kommen – abgesehen von Öl, Gas und Erzen – die meisten der hierzulande verwerteten Rohstoffe aus heimischen Gefilden.

Die Bundesrepublik gilt oftmals als rohstoffarmes Land. Was Metalle, viele Rohstoffe für Hightech-Produkte sowie die meisten Energieträger betrifft, stimmt dies auch – sie müssen praktisch vollständig importiert werden. Einzig die Braunkohle und zu geringeren Teilen Öl und Gas sind zu wettbewerbsfähigen Kosten in Deutschland abbaubar.

Dennoch hat Deutschland durchaus viele wichtige Rohstoffe zu bieten (Grafik):

Mit 236 Millionen Tonnen jährlich machen Kies und Bausande den größten Anteil am heimischen Bergbau aus – und decken damit den gesamten hiesigen Bedarf.

Die Jahresproduktion gebrochener Natursteine beträgt 217 Millionen Tonnen. Der drittgrößte heimische Rohstoff ist Braunkohle, die zu 170 Millionen Tonnen vor allem im Rheinland und in der Lausitz gefördert wird. Aber auch andere Stoffe wie Quarzsand, Kalk, Kali, Salze, Feld- und Flussspat werden in Deutschland an die Oberfläche gebracht. Viele dieser Ressourcen sind für den Bau, aber auch als Grundstoffe für die Industrie von Bedeutung.

Rund 80 Prozent aller Rohstoffe, die in Deutschland verwertet werden, stammen aus heimischen Quellen.

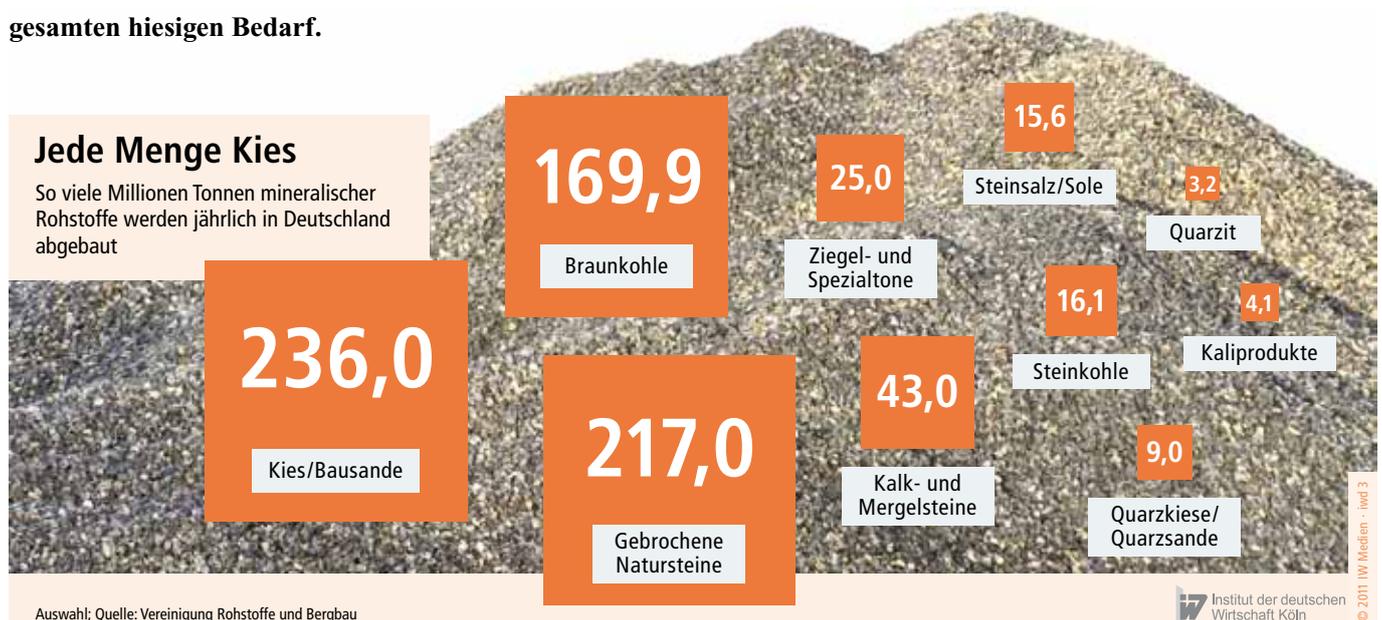
Diese Versorgungssicherheit ist zugleich sehr wirtschaftlich. Die Bodenschätze können hierzulande günstig und ohne Subventionen abgebaut werden und müssen nicht auf internationalen Märkten teuer gekauft werden.

Allerdings gibt es auch Probleme: Besonders schwierig und langwierig ist die Ausweisung von Flächen. Auch wenn bekannt ist, in welchen Gebieten welche wertvollen Vorkommen liegen,

bestehen damit noch lange keine Abbaurechte. Denn Deutschland ist dicht besiedelt, Städte wachsen, viele potenzielle Abbauf Flächen werden für Industrieanlagen und Verkehrsinfrastruktur benötigt.

Zudem dient oft der Schutz von Natur, Pflanzen und Tieren als Argument gegen den Rohstoffabbau – selbst wenn ein Tagebau nach Versiegen der Quelle wieder renaturiert werden kann. Vielfach sind ehemalige Tagebaue mit Wasser gefüllt zu beliebten Naherholungsgebieten geworden.

Für die Rohstoffunternehmen wird diese sogenannte Flächenkonkurrenz zur Gefahr. Wenn etwa der Tagebau nicht weiterwandern kann und damit keine zusätzlichen Rohstoffquellen erschlossen werden können, hat ein Abbaubetrieb keine Zukunft mehr. Die Rohstoffversorgung in Deutschland ist damit auch bei den sicheren heimischen Vorkommen bedroht. So muss am Ende doch teuer importiert werden, was hierzulande viel günstiger zu haben wäre.



Die Industrie zieht alle mit

Branchenkonzunktur. Die deutsche Wirtschaft bleibt 2011 auf Wachstumskurs – die Aussichten sind in allen Bereichen freundlich. Am stärksten geht es in der zuvor von der Krise heftig gebeutelten Industrie aufwärts, besonders zuversichtlich sind die Investitionsgüterproduzenten. Auch im internationalen Vergleich präsentiert sich das Verarbeitende Gewerbe in Deutschland überaus dynamisch.

Die deutsche Wirtschaft ist auf dem Weg aus der Krise ein großes Stück vorangekommen. Nach dem Absturz des realen Bruttoinlandsprodukts um 4,7 Prozent im Jahr 2009 legte die Wirtschaftsleistung 2010 nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamts um 3,6 Prozent zu.

Am stärksten bremste die Rezession die Industrie aus (Grafik). Vom ersten Quartal 2008 bis zum Sommer 2009 schrumpfte ihre preisbereinigte Bruttowertschöpfung – das ist der Wert der produzierten Güter abzüglich der von anderen Sektoren erworbenen Vorleistungen – um mehr als 20 Prozent. Seit Beginn des Jahres 2010 erholte sich

die Industrie zwar besonders gut, dennoch gab es bis zuletzt keinen Anlass zur Euphorie (Grafik):

Im Herbst 2010 lag die industrielle Bruttowertschöpfung noch immer 12 Prozent unter dem Vorkrisenniveau.

Weniger hart traf der Konjunktur-einbruch dagegen die Bauwirtschaft – die vor allem durch öffentliche Projekte stabilisiert wurde – sowie den Dienstleistungssektor.

Der im vergangenen Jahr begonnene gesamtwirtschaftliche Aufschwung setzt sich 2011 aller Voraussicht nach fort. Dafür sprechen auch die Ergebnisse der Konjunkturumfrage des Insti-

tuts der deutschen Wirtschaft Köln vom November 2010 (vgl. iwd 48/2010). Demnach gehen 55 Prozent der Unternehmen für 2011 von einer steigenden und nur 9 Prozent von einer rückläufigen Produktionsleistung gegenüber dem Vorjahr aus, wobei die Firmen in Westdeutschland insgesamt deutlich zuversichtlicher sind als jene im Osten.

Generell sind jedoch alle großen Wirtschaftsbereiche so optimistisch wie lange nicht mehr (Grafik Seite 5):

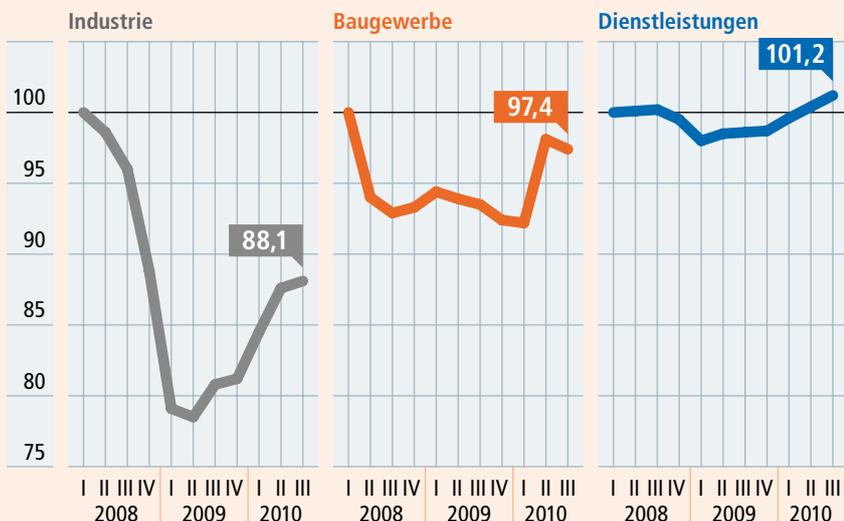
- **Industrie.** Die höchsten Erwartungen an das begonnene Jahr haben die Hersteller von Maschinen oder Fertigungsanlagen:

Deutschlandweit rechnen 72 Prozent der Investitionsgüterfirmen mit einem Produktionsplus, 24 Prozent mit einem gleichbleibenden Output, und nur 5 Prozent befürchten einen Abwärtstrend.

Jene Betriebe, die Vorleistungsgüter wie Kunststoffe oder Chemiegase

Industrie hat Krise noch nicht abgehakt

Preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigte Bruttowertschöpfung, 1. Quartal 2008 = 100



Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iwd 3

Deutsche Dynamik

Veränderung der Produktion im Verarbeitenden Gewerbe gegenüber Vorjahr in Prozent

	2009	2010	2011
S	-19,3	9,4	5,9
D	-15,4	9,6	4,7
A	-9,3	4,5	4,3
USA	-9,3	5,5	3,9
CH	-7,9	5,4	3,3
UK	-10,8	3,7	2,9
NL	-8,9	6,4	2,7
B	-13,4	3,1	2,5
F	-13,5	5,2	2,5
I	-18,4	5,4	2,2
E	-16,2	0,7	0,9
J	-21,8	15,8	0,6

Länderauswahl; 2011: Prognose vom Dezember 2010
Quelle: Consensus Forecasts

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iwd 3

liefern, sind für 2011 zu 61 Prozent guten Mutes und nur zu 6 Prozent pessimistisch. Auch bei den Herstellern von Konsumgütern – wie Lebensmitteln oder Möbeln – erwartet mit 55 Prozent die Mehrheit einen Aufwärtstrend in der Produktion; lediglich 9 Prozent halten ein Minus für wahrscheinlich.

- **Bauwirtschaft.** Mit 32 zu 15 Prozent gehen hier zwar ebenfalls mehr Unternehmen von einer positiven als von einer negativen Entwicklung im Jahr 2011 aus – 54 Prozent schätzen die Entwicklung als stabil ein. Doch dieses relativ freundliche Bild wird vor allem in Westdeutschland gezeichnet, während in Ostdeutschland ein größerer Teil (25 Prozent) der Betriebe eine rückläufige Bautätigkeit einkalkuliert als einen Anstieg (24 Prozent).

- **Dienstleistungen.** Das West-Ost-Gefälle zeigt sich auch in den Servicebranchen, die zusammen gut 70 Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung beisteuern. Insgesamt überwiegen aber die freundlichen Mienen – 53 Prozent der Unternehmen rechnen mit besseren Geschäften als 2010, lediglich 9 Prozent befürchten schlechtere Zahlen.

Unterm Strich legen die IW-Umfrageergebnisse nahe, dass die Industrie 2011 weiterhin eine maßgebliche Rolle für den Aufschwung spielt. Auch im internationalen Vergleich schneidet das deutsche Verarbeitende Gewerbe überdurchschnittlich gut ab (Grafik Seite 4):

Im Jahr 2009 hatte die hiesige Industrie zwar einen kräftigen Dämpfer bekommen – in Ländern wie Japan, Schweden, Italien und Spanien fiel der Rückgang aber noch stärker aus.

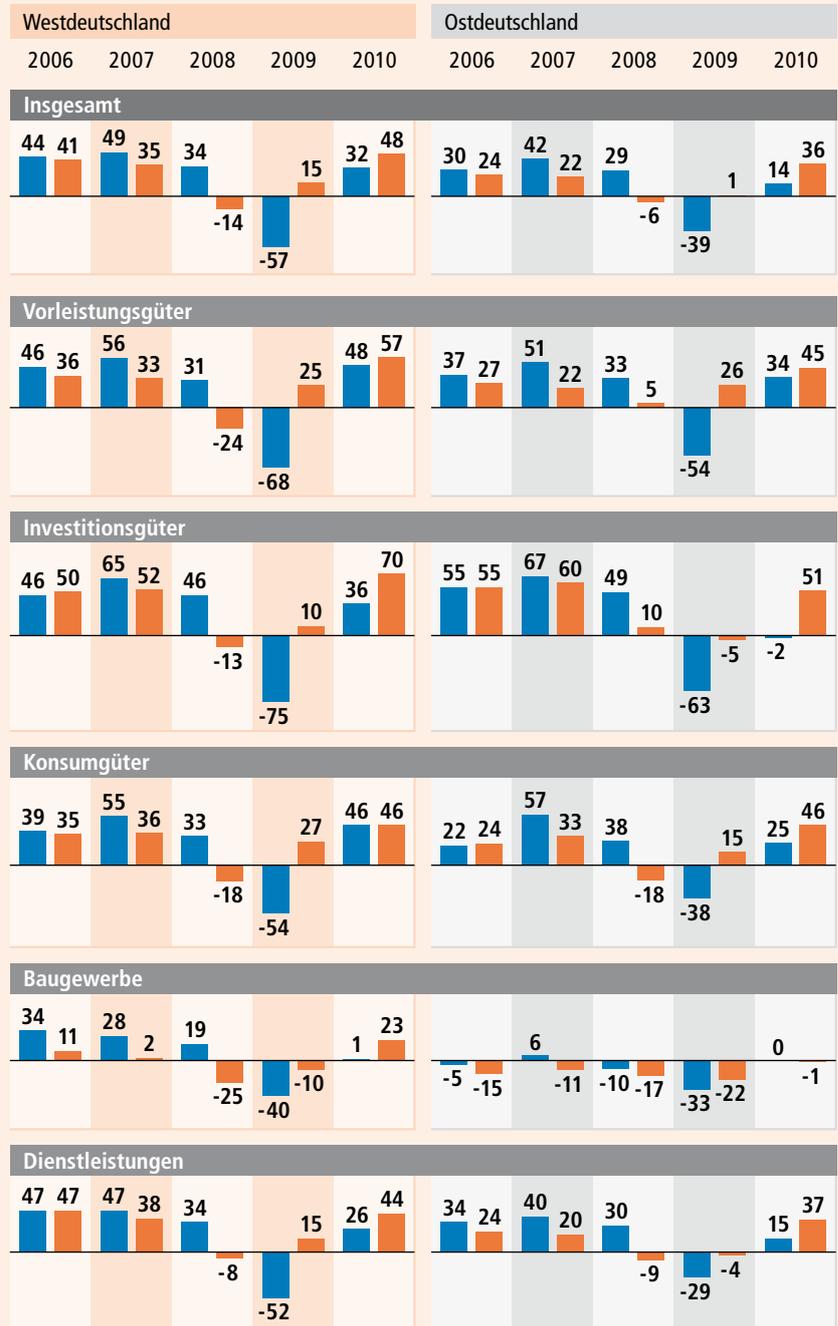
Im Jahr 2010 erholten sich nur die Industriefirmen in Japan mit einer

Branchenkonjunktur: Die Stimmung steigt

Saldo der Produktionserwartungen der Unternehmen

im **Frühjahr** für das laufende Jahr; Erwartungen im **Herbst** für das kommende Jahr

Lesebeispiel: Im Herbst 2010 erwarteten in Westdeutschland 56 Prozent aller befragten Unternehmen für 2011 eine steigende Produktion, 8 Prozent rechneten mit einem Produktionsrückgang. Dies ergab einen positiven Saldo von 48 Prozentpunkten.



Quelle: IW-Konjunkturumfragen

Produktionssteigerung von schätzungsweise 16 Prozent stärker als die deutschen (10 Prozent).

Im Jahr 2011 werden die heimischen Firmen voraussichtlich erneut dynamischer wachsen als die meisten

ihrer Konkurrenten im Ausland – den vorliegenden Prognosen zufolge ist ein Produktionsplus von etwa 5 Prozent drin. Dagegen wird beispielsweise die Industrie in Japan und Spanien nahezu stagnieren.

Hire and Fire ist längst out

Personalpolitik. Mehr denn je müssen Unternehmen ihre strategische Personalpolitik an zwei Polen ausrichten – der erforderlichen Flexibilität, um schwierige Zeiten zu überstehen, und der Notwendigkeit, gutes Personal zu halten und zu fördern. Dies ergab das Personal-Panel des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW).

Für das Panel wurden 1.853 Personalverantwortliche aus Unternehmen verschiedener Größe befragt. Den Ergebnissen zufolge setzen die meisten Unternehmen gleichermaßen auf Flexibilität und auf Mitarbeiterorientierung. So federn die Betriebe Nachfrageschwankungen oder eine schlechte Auftragslage primär über den Abbau von Überstunden oder das Abschmel-

zen der Guthaben auf Arbeitszeitkonten ab.

Vielorts sind die Auswirkungen des Fachkräftemangels schon spürbar. Gut jedes zweite Unternehmen sieht deshalb, dass Maßnahmen zur Bindung der Mitarbeiter an das Unternehmen immer wichtiger werden. In Großunternehmen mit 250 oder mehr Beschäftigten bejahen dies sogar drei Viertel der Personaler.

Und was geschieht konkret? Ganz oben stehen das Vertrauen in die Eigenverantwortung der Beschäftigten, jährliche Mitarbeitergespräche sowie die Förderung der Leistungsbereitschaft (Grafik):

Zwei Drittel aller Unternehmen und sogar fast drei Viertel der Großunternehmen ab 250 Beschäftigte haben die Führungskräfte explizit

Personalkonzepte weiterentwickeln

Das IW-Personal-Panel wird im Rahmen des Projekts VITNESS durchgeführt. Ziel ist es, auf der Basis des Qualitätsmanagementmodells der European Foundation for Quality Management (EFQM) ein erweitertes „EFQMplus-Konzept“ zu entwickeln, das mitarbeiterorientierte und flexible personalpolitische Konzepte integriert. VITNESS wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung sowie des Europäischen Sozialfonds gefördert.

Weitere Informationen:
www.vitness.info

verpflichtet, die Arbeitszufriedenheit ihrer Mitarbeiter zu verbessern.

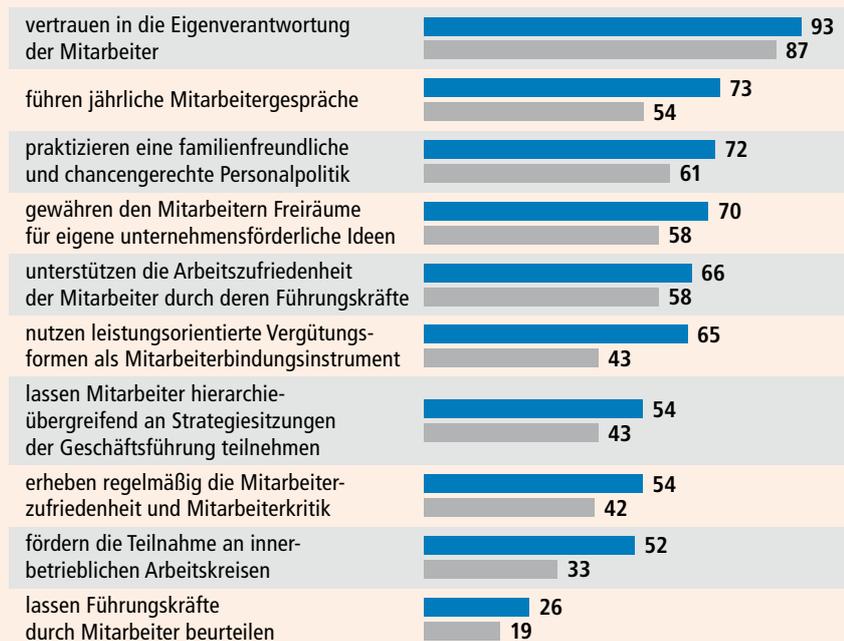
Vor allem innovative und erfolgreiche Unternehmen haben den Wert einer mitarbeiterorientierten Strategie erkannt: Gut sieben von zehn dieser Firmen praktizieren eine familienfreundliche und eine sämtliche Mitarbeitergruppen gleich behandelnde Personalpolitik; etwa genauso viele gewähren ihren Mitarbeitern Freiräume, um Ideen zu entwickeln, die dem Unternehmen zugutekommen. Weit mehr als die Hälfte dieser Unternehmen ermöglicht den Mitarbeitern eigenverantwortliches Lernen.

Auch bei der Verbesserung von Strukturen und Prozessen liegen innovative und erfolgreiche Unternehmen vorn: Gut die Hälfte fördert die Teilnahme der Mitarbeiter an innerbetrieblichen Arbeitskreisen. Von den nicht innovativen und nicht erfolgreichen Unternehmen macht dies nur ein Drittel.

Mehr als die Hälfte der erfolgreichen Unternehmen ermöglichen ihren Mitarbeitern sogar die Teilnahme an Strategiesitzungen der Geschäftsführung; bei den nicht innovativen und nicht erfolgreichen Unternehmen sind es deutlich weniger.

Personalpolitik: Was Erfolg verspricht

So viel Prozent der ■ sehr erfolgreichen Unternehmen ■ weniger erfolgreichen Unternehmen



Befragung von 1.853 Personalverantwortlichen im Juli und August 2010; Unternehmenserfolg: gemessen an der Umsatzentwicklung von 2008 bis 2009, der Beschäftigtenentwicklung von 2007 bis 2009 sowie den Umsatzerwartungen von 2009 bis 2012; Quelle: Personal-Panel des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln

Ungarn auf dem Präsidentensessel

Europäische Union. Ungarn hat am 1. Januar 2011 den Vorsitz in der Europäischen Union übernommen. Das Land ist allerdings ein Sorgenkind der Staatenfamilie, nicht erst seit dem umstrittenen Mediengesetz: EU, Währungsfonds und Weltbank mussten Budapest Ende 2008 mit einem 20 Milliarden Euro schweren Rettungspaket zu Hilfe eilen, um einen drohenden Staatsbankrott abzuwenden.

Zu den Prioritäten seiner halbjährigen EU-Präsidentschaft zählt Ungarn die Energiepolitik, die Beziehungen zu den östlichen EU-Nachbarstaaten, den EU-Beitritt Kroatiens sowie die Donaustategie. Diese Initiative soll die Verkehrs- und Energienetze, den Umwelt- sowie den Hochwasserschutz der Region verbessern. Davon würden 14 Staaten profitieren, in denen mehr als 100 Millionen Menschen leben.

Auch in der Finanz- und Wirtschaftspolitik sind die Ungarn gefordert. In diesem Frühjahr gilt in der EU erstmals das sogenannte Europäische Semester. Laut diesem Verfahren müssen die EU-Staaten ihre langfristigen Haushaltsplanungen jeweils im Frühjahr an Brüssel melden. Die EU prüft dann, ob die nationalen Etatvorstellungen und die Erfordernisse einer nachhaltigen Finanzpolitik miteinander in Einklang stehen.

Die Regierung in Budapest muss sich dabei gehörig anstrengen, schließlich hat die vergangene Krise die Ungarn hart getroffen – auch, weil das Land zuvor viel mehr Geld ausgegeben als eingenommen hatte (Grafik):

Im Durchschnitt der Jahre 2002 bis 2006 lag das Defizit im Staats-

haushalt bei knapp 8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), 2006 waren es sogar mehr als 9 Prozent.

Zugelassen in der EU sind gemäß den Maastricht-Kriterien jedoch nur 3 Prozent. Zur Finanzierung seines Haushaltsdefizits benötigte das Land ausländisches Kapital. Doch das floss im Herbst 2008 auch nicht mehr, Ungarn stand vor dem Bankrott. Schließlich halfen die EU, der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank mit einer Kreditzusage von rund 20 Milliarden Euro.

Aber nicht nur der Staat hatte über seine Verhältnisse gelebt: Viele Ungarn hatten wegen der attraktiven Zinsen Kredite im Ausland aufgenommen und sich dabei in ausländischer Währung verschuldet. Als sich dann der Euro gegenüber dem ungarischen Forint von Juli 2008 bis März 2009 um gut 31 Prozent verteuerte, stiegen Zins- und Tilgungszahlungen erheblich an. Demzufolge mussten die Ungarn so manchen Konsumwunsch aufgeben. Letztlich waren es hauptsächlich der Staatsverbrauch und der Export, die das ungarische BIP 2010 um gut 1 Prozent wachsen ließen.

Die EU-Kommission rechnet zwar in ihrer Herbstprognose für die Jahre 2011 und 2012 jeweils mit einem realen Wachstum von etwa 3 Prozent. Doch die Erholung steht auf wackligen Beinen. Experten des IWF werfen der neuen Regierung beispielsweise vor, zu sehr auf kurzfristige wirtschaftspolitische Maßnahmen zu setzen. Sondersteuern für einzelne Branchen wie Banken, Telekommunikation, Energie und Handel dürften überdies dazu beitragen, ausländische Investoren abzuschrecken.

Ungarn: Hohe Schulden



Viel zu tun für Orthopäden

Krankenstand. Deutschlands Angestellte sind immer häufiger unpässlich: In den ersten drei Quartalen 2010 lag der Krankenstand bereits zum vierten Mal über dem Wert des jeweiligen Vorjahreszeitraums. Ursache dafür ist wohl vor allem die steigende Zahl älterer Beschäftigter in den Unternehmen.

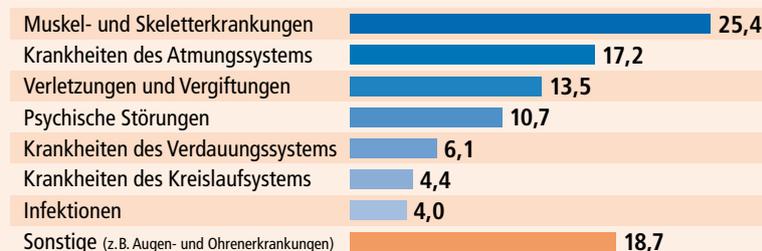
Es ist noch gar nicht lange her, da gab es jedes Jahr neue Rekordtiefstände beim Krankenstand. Doch seit 2007 ist damit Schluss: Zwar liegen die Daten für 2010 noch nicht vollständig vor, doch in den ersten drei Quartalen waren 0,1 Prozentpunkte mehr Angestellte krank als im gleichen Vorjahreszeitraum. Laut Bundesverband der Betriebskrankenkassen (BKK) fehlten zuletzt im Schnitt rund 4 Prozent der beschäftigten Pflichtmitglieder.

Endgültige Werte sind zwar nur bis 2009 verfügbar, der Trend bleibt aber eindeutig:

Die bei einer BKK versicherten Beschäftigten legten im Jahr 2009 für

Versicherte „haben Rücken“

So viel Prozent aller Arbeitsunfähigkeitstage der BKK-Pflichtmitglieder entfielen 2009 auf folgende Krankheiten



Quelle: Bundesverband der Betriebskrankenkassen

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2011 IW Medien - iw3



14,4 Kalendertage „gelbe Scheine“ vor – das sind zwei Tage mehr als im Tiefstandsjahr 2006.

Diese Zahlen widersprechen dem oft vermuteten Zusammenhang zwischen Konjunktur und Krankenstand: Insbesondere in Krisenzeiten würden sich Arbeitnehmer aus Angst um ihren Job den Gang zum Arzt verkneifen. Tatsächlich ist die durchschnittliche Dauer der Arbeitsunfähigkeit im Boomjahr 2007 zwar von 12,4 auf 12,8 Tage gestiegen. Aber auch mit dem Einsetzen der Rezession 2008 kletterte die Ausfallzeit weiter nach oben und legte im Krisenjahr 2009 sogar um einen ganzen Tag zu.

Vielmehr scheint der Verlauf der Krankenstatistik mit dem demografischen Wandel zusammenzuhängen. Zwar hat dieser in Deutschland nicht erst mit dem vergangenen Konjunkturzyklus eingesetzt. Inzwischen kommt jedoch hinzu, dass immer mehr 55- bis

64-Jährige im Job bleiben, statt in Frührente zu gehen. Deshalb sind die Belegschaften heute älter als früher; und mit den Lebensjahren mehren sich die gesundheitlichen Probleme:

Waren die 20- bis 34-jährigen Arbeitnehmer 2009 im Schnitt weniger als 10 Kalendertage krankgeschrieben, meldeten sich die über 55-jährigen Kollegen für 26 Tage und mehr arbeitsunfähig.

Angesichts des Fachkräfte-Engpasses werden die älteren Kollegen aber noch wichtiger für den Standort Deutschland werden. Deshalb ist es entscheidend, bei den Krankheitsursachen genau hinzuschauen und sie durch gezielte Prävention in den Betrieben frühzeitig zu bekämpfen. Vor allem Muskel- und Skeletterkrankungen machen den Arbeitnehmern zu schaffen (Grafik): Sie waren bei den 60- bis 64-Jährigen ursächlich für mehr als ein Drittel der Krankentage.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellvertreterin: Brigitte Lausch
Redaktion: Alexander Weber (verantwortlich), Jork Herrmann, Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf
Redaktion Berlin: Klaus Schäfer
Redaktionsassistent: Angelika Goldenberg
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich

Bezugspreis: € 8,30/Monat inkl. Mehrwertsteuer, zzgl. € 3,01 Versandkosten

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln,
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Bercker Graphischer Betrieb GmbH & Co. KG, Kevelaer

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Januar und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iw.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.